

## Vergleichsfassung zwischen dem bisherigen und dem aktuellen Stand der Pflege und Soziales Corona-VO M-V (ab 16. Januar 2021)

Hinweis: Die Vergleichsfassung ist als Unterstützung durch das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung erstellt worden. Sie ist aber kein amtliches Dokument und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Fehler sind nicht ausgeschlossen.

Bisherige Pflege und Soziales Corona-VO M-V  Pflege und Soziales Corona-VO M-V vom vom 11. Dezember 2020 (GVOBl. M-V S. 1313), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. Dezember 2020 (GVOBl. M-V S. 1326)	Ab 16. Januar 2021 geltende Pflege und Soziales Corona-VO M-V  Pflege und Soziales Corona-VO M-V vom 11. Dezember 2020 (GVOBl. M-V S. 1313), zuletzt geändert durch die Zweite Pflege und Soziales Corona-VO M-V-Änderungsverordnung vom 13. Januar 2021 (GVOBl. M-V S. 31) (Änderungen in <b>gelb</b> hervorgehoben)
<b>§1</b>	<b>§1</b>
<b>Anwendungsbereich</b>	<b>Anwendungsbereich</b>
Diese Verordnung gilt für folgende Einrichtungen, Angebote, Dienste und Leistungen:	<i>Keine Änderungen.</i>
1. Vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 72 Absatz 1 SGB XI,	
2. teilstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 72 Absatz 1 SGB XI in Verbindung mit § 41 Absatz 1 SGB XI,	
3. von Anbietern verantwortete ambulante Wohngemeinschaften,	
4. ambulante Pflegedienste im Sinne des § 72 Absatz 1 SGB XI,	

5. aufgrund § 2 Unterstützungsangebotelandesverordnung M-V anerkannte Unterstützungsangebote im Alltag,	
6. besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen,	
7. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,	
8. Tagesgruppen an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,	
9. sonstige Tagesgruppen für Menschen mit Behinderungen,	
10. Tagesstätten nach §§ 67 f. SGB XII,	
11. Heilpädagogische und Interdisziplinäre Frühförderung,	
12. Hilfsangebote durch familienentlastende Dienste, die darauf gerichtet sind, die Angehörigen von Menschen mit Behinderungen durch die Übernahme von Aufsichtstätigkeiten zu entlasten,	
13. ambulante Leistungen nach §§ 67 f. SGB XII,	
14. Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke nach § 51 SGB IX und	
15. stationäre und mobile Beratungsstellen der Sozialberatung, der Gesundheitsberatung, der Migrationsberatung und der Beratung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt.	
<b>§ 2</b>	<b>§ 2</b>
<b>Hygiene- und Schutzkonzept</b>	<b>Hygiene- und Schutzkonzept</b>
(1) Die in § 1 genannten Einrichtungen, Angebote, Dienste und Leistungen haben ein einrichtungs- beziehungsweise angebotsspezifisches Hygiene- und Schutzkonzept zu erstellen und fortwährend anzupassen, das Maßnahmen zur Sicherstellung der notwendigen Kontaktreduzierung oder -vermeidung vorsieht und erforderliche Hygienestandards unter Berücksichtigung der jeweils aktuell gültigen Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts	<i>Keine Änderungen.</i>

sowie der Handlungsempfehlungen des Sachverständigengremiums Pflege und Soziales nach § 17 umgesetzt. Dieses ist dem örtlich zuständigen Gesundheitsamt zur Kenntnis zu geben.	
(2) Das Hygiene- und Schutzkonzept der in § 1 Nummer 1, 2, 4, 6 bis 10 und 14 genannten Einrichtungen, Angebote und Dienste hat ein einrichtungs- beziehungsweise angebotsspezifisches Testkonzept zu enthalten, das sie in die Lage versetzt, Testungen auf das Coronavirus SARS-CoV-2 in Umsetzung der Coronavirus-Testverordnung in der jeweils aktuellen Fassung (PoC-Antigen-Tests) gezielt durchzuführen. Das Testkonzept stellt sicher, dass Beschäftigte, Bewohnende, Nutzende, Besuchspersonen und Betretende getestet werden können, um unerkannte Infektionen frühzeitig zu erkennen und die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 zu vermeiden. Die Inhalte des durch das Sachverständigengremium Pflege und Soziales nach § 17 in Umsetzung der Coronavirus-Testverordnung erarbeiteten Rahmentestkonzepts in der jeweils aktuellen Fassung sind zu berücksichtigen.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 3</b>	<b>§ 3</b>
<b>Besuchs- und Betretensregelungen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen</b>	<b>Besuchs- und Betretensregelungen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen</b>
(1) Der Besuch und das Betreten von Einrichtungen nach § 1 Nummer 1 ist auch für Personen, für die die Einrichtung nicht der Wohn- oder Arbeitsort ist, erlaubt, soweit in der Einrichtung kein aktives Coronavirus SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen besteht und sich aus Absatz 4 sowie § 4 keine Einschränkungen ergeben.	<i>Keine Änderungen.</i>
(2) Die Einrichtungsleitung hat Öffnungszeiten für Besuche in einem Umfang von mindestens vier Stunden am Tag, über die Woche angemessen verteilt auf die Vormittags-, Nachmittags- und	<i>Keine Änderungen.</i>

Abendstunden, einzurichten. Dabei sollen sowohl die Gebäude als auch die Freiflächen der Einrichtung genutzt werden. Jedem Bewohnenden ist die Möglichkeit, Besuch zu empfangen, zu eröffnen.	
(3) Soweit die Einrichtungsleitung die in Absatz 2 benannten Besuchsmöglichkeiten nicht oder nicht in dem dort genannten Umfang ermöglichen kann, hat sie dies der zuständigen Heimaufsichtsbehörde umgehend unter Beifügung ihres Hygiene- und Schutzkonzeptes anzuzeigen. Mit der Anzeige ist darzulegen, was die Hinderungsgründe sind, inwieweit die Einrichtungsleitung Besuche zulassen kann und wie sie beabsichtigt, den berechtigten Interessen der Bewohnenden nach Kontakten mit Angehörigen und Dritten nachzukommen.	<i>Keine Änderungen.</i>
(4) Die Einrichtungsleitung kann von den Besuchs- und Betretensregelungen der Absätze 1 und 2 in Abstimmung mit dem örtlich zuständigen Gesundheitsamt abweichen, wenn in der Gemeinde ein erhöhtes Infektionsgeschehen zu verzeichnen ist. Die Möglichkeit des Besuchs der Bewohnenden soll grundsätzlich nur bei einem aktiven Coronavirus SARS-CoV2-Infektionsgeschehen in der jeweiligen vollstationären Einrichtung vorübergehend vollumfänglich ausgeschlossen werden.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 4</b>	<b>§ 4</b>
<b>Einschränkungen der Besuchs- und Betretensmöglichkeiten von vollstationären Pflegeeinrichtungen</b>	<b>Einschränkungen der Besuchs- und Betretensmöglichkeiten von vollstationären Pflegeeinrichtungen</b>
(1) Ab einem Risikowert von 35 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt dürfen höchstens zwei Besuchspersonen je Bewohnendem, die nicht	<i>Keine Änderungen.</i>

dauerhaft festzulegen sind, gleichzeitig die Einrichtung nach § 1 Nummer 1 betreten.	
(2) Ab einem Risikowert von 50 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt darf höchstens eine Besucherin oder ein Besucher je Bewohnendem, der oder die dauerhaft für einen Zeitraum von mindestens 14 Tagen festzulegen ist, die Einrichtung nach § 1 Nummer 1 betreten. Das Betreten der Besuchsperson ist nur zulässig, wenn das Ergebnis einer vor Ort durchzuführenden Testung (PoC-Antigen-Test) auf das Coronavirus SARS-CoV-2 negativ ist oder der Nachweis des negativen Testergebnisses einer nicht länger als 72 Stunden zurückliegenden molekularbiologischen Testung (PCR-Test) beigebracht wird. Der Besuch soll in einem hierfür vorgesehenen Besuchszimmer stattfinden, wobei nach jedem Besuch das Zimmer zu desinfizieren und stoßweise zu lüften ist. Ausnahmen von der Nutzung eines Besuchszimmers sind aus Gründen einer unzureichenden Mobilität des Bewohnenden oder soweit kein Besuchszimmer vorhanden ist oder nicht eingerichtet werden kann zulässig. Ein Einzelzimmer des Bewohnenden steht einem Besuchszimmer gleich, soweit der Besuch durch Personal der Einrichtung auf dem kürzesten Weg zum jeweiligen Einzelzimmer geleitet wird.	<i>Keine Änderungen.</i>
(3) Absatz 2 gilt auch, wenn die Besuchsperson aus einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern kommt, in dem der in Absatz 2 Satz 1 genannte Risikowert zum Zeitpunkt des beabsichtigten Besuchs überschritten wurde. Der Durchreiseverkehr ist nicht erfasst.	<i>Keine Änderungen.</i>
(4) Ab einem Risikowert von 100 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt beträgt die	<i>Keine Änderungen.</i>

Anzahl der wöchentlichen Besuchstage für die gemäß Absatz 2 Satz 1 festgelegte Besuchsperson nicht mehr als drei; im Übrigen gelten die Absätze 2 und 3. § 3 Absatz 2 bleibt hiervon unberührt.	
(5) Ab einem Risikowert von 200 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt beträgt die Anzahl der wöchentlichen Besuchstage für die gemäß Absatz 2 Satz 1 festgelegte Besuchsperson nicht mehr als einen; im Übrigen gelten die Absätze 2 und 3. § 3 Absatz 2 bleibt hiervon unberührt.	<i>Keine Änderungen.</i>
(6) Die Absätze 2 bis 5 gelten entsprechend, wenn der jeweils genannte Risikowert im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt überschritten wird, auch wenn die Risikowerte in den einzelnen Landkreisen oder kreisfreien Städten unterschritten werden.	<i>Keine Änderungen.</i>
(7) Soweit eine Testung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 nicht umsetzbar ist, insbesondere wegen fehlender Testmöglichkeiten in der Einrichtung vor Ort, kann die Einrichtung durch die festgelegte Besuchsperson bis einschließlich 20. Dezember 2020 ausnahmsweise betreten werden, wenn diese Mund und Nase vollständig und für die gesamte Dauer ihres Aufenthalts durch eine partikelfiltrierende Halbmaske (FFP2- oder FFP3-Maske) bedeckt.	<del>(7) Soweit eine Testung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 nicht umsetzbar ist, insbesondere wegen fehlender Testmöglichkeiten in der Einrichtung vor Ort, kann die Einrichtung durch die festgelegte Besuchsperson bis einschließlich 20. Dezember 2020 ausnahmsweise betreten werden, wenn diese Mund und Nase vollständig und für die gesamte Dauer ihres Aufenthalts durch eine partikelfiltrierende Halbmaske (FFP2- oder FFP3-Maske) bedeckt.</del>
(8) Der Isolation der Bewohnenden ist entgegenzuwirken. Deshalb sollen die Einrichtungsleitungen, soweit ein Besuch nach den Absätzen 1 bis 7 nicht möglich ist, Besuche, in deren Rahmen eine Infektionsmöglichkeit ausgeschlossen ist (beispielsweise Besuche am geschlossenen Fenster oder im Außenbereich), für eine feste Besuchsperson zulassen.	(7) Der Isolation der Bewohnenden ist entgegenzuwirken. Deshalb sollen die Einrichtungsleitungen, soweit ein Besuch nach den Absätzen 1 bis 6 nicht möglich ist, Besuche, in deren Rahmen eine Infektionsmöglichkeit ausgeschlossen ist (beispielsweise Besuche am geschlossenen Fenster oder im Außenbereich), für eine feste Besuchsperson zulassen.

<p>(9) Die Risikowerte im Sinne dieser Verordnung beziehen sich auf die kumulative Anzahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb eines Referenzzeitraums von sieben Tagen. Maßstab für den jeweiligen Risikowert nach den Absätzen 1 bis 6 bildet die Veröffentlichung der kumulativen Neuinfektionen je 100 000 Einwohner durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern für Landkreise und kreisfreie Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise des Robert-Koch-Instituts für alle übrigen Gebiete vom Vortag des beabsichtigten Besuches.</p>	<p>(8) Die Risikowerte im Sinne dieser Verordnung beziehen sich auf die kumulative Anzahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb eines Referenzzeitraums von sieben Tagen. Maßstab für den jeweiligen Risikowert nach den Absätzen 1 bis 6 bildet die Veröffentlichung der kumulativen Neuinfektionen je 100 000 Einwohner durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern für Landkreise und kreisfreie Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise des Robert-Koch-Instituts für alle übrigen Gebiete vom Vortag des beabsichtigten Besuches.</p>
<p>(10) Die Einschränkungen nach den Absätzen 1, 2, 4 und 6 bleiben in Kraft, bis der dort genannte Risikowert für mindestens 14 Tage dauerhaft unterschritten worden ist.</p>	<p>(9) Die Einschränkungen nach den Absätzen 1, 2, 4 und 6 bleiben in Kraft, bis der dort genannte Risikowert für mindestens <b>sieben Tage</b> dauerhaft unterschritten worden ist.</p>
<p>(11) Die Einschränkungen nach den Absätzen 1 bis 6 und § 3 Absatz 2 umfassen grundsätzlich nicht das Betreten zu anderen Zwecken als dem Besuch. Insbesondere umfassen die Einschränkungen nicht</p>	<p>(10) Die Einschränkungen nach den Absätzen 1 bis 6 und § 3 Absatz 2 umfassen grundsätzlich nicht das Betreten zu anderen Zwecken als dem Besuch. Insbesondere umfassen die Einschränkungen nicht</p>
<p>1. das Betreten durch das Personal des Einrichtungsträgers,</p>	<p>1. das Betreten durch das Personal des Einrichtungsträgers,</p>
<p>2. das Betreten zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Betriebes (zum Beispiel Warenlieferungen, notwendige Reparaturen, Reinigung),</p>	<p>2. das Betreten zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Betriebes (zum Beispiel Warenlieferungen, notwendige Reparaturen, Reinigung),</p>
<p>3. das Betreten zum Zwecke der Gefahrenabwehr oder der Rechtspflege,</p>	<p>3. das Betreten zum Zwecke der Gefahrenabwehr oder der Rechtspflege,</p>
<p>4. Situationen, in denen ein Besuch der pflegebedürftigen Person aufgrund gesundheitlicher Umstände keinen Aufschub duldet (zum Beispiel Sterbebegleitung),</p>	<p>4. Situationen, in denen ein Besuch der pflegebedürftigen Person aufgrund gesundheitlicher Umstände keinen Aufschub duldet (zum Beispiel Sterbebegleitung),</p>
<p>5. die Begleitung und den Besuch Minderjähriger,</p>	<p>5. die Begleitung und den Besuch Minderjähriger,</p>
<p>6. medizinische, therapeutische oder seelsorgerische Maßnahmen,</p>	<p>6. medizinische, therapeutische oder seelsorgerische Maßnahmen,</p>

7. Hygienemaßnahmen (zum Beispiel medizinische Fußpflege) und	7. Hygienemaßnahmen (zum Beispiel medizinische Fußpflege) und
8. Personen, die Versorgungs- und Betreuungstätigkeiten in der stationären Einrichtung übernommen haben (zum Beispiel Hilfe bei der Nahrungsaufnahme der Pflegebedürftigen).	8. Personen, die Versorgungs- und Betreuungstätigkeiten in der stationären Einrichtung übernommen haben (zum Beispiel Hilfe bei der Nahrungsaufnahme der Pflegebedürftigen).
<b>§ 5</b>	<b>§ 5</b>
<b>Testungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen</b>	<b>Testungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen</b>
(1) Das Testkonzept nach § 2 Absatz 2 trifft für Einrichtungen nach § 1 Nummer 1 insbesondere Festlegungen zu den für das Betreten in Betracht kommenden Personengruppen, vor allem Bewohnende, Personal, Besuchspersonen und Betretende im Sinne des § 4 Absatz 11, sowie zu den Intervallen und den Anlässen der Testungen.	(1) Das Testkonzept nach § 2 Absatz 2 trifft für Einrichtungen nach § 1 Nummer 1 insbesondere Festlegungen zu den für das Betreten in Betracht kommenden Personengruppen, vor allem Bewohnende, Personal, Besuchspersonen und Betretende im Sinne des § 4 Absatz 10, sowie zu den Intervallen und den Anlässen der Testungen.
(2) Testungen des Personals, der Besuchspersonen und der Betretenden sind zu priorisieren. Testungen der Bewohnenden sollen insbesondere zur Vermeidung eines potentiellen Viruseintrages aufgrund eines Aufenthaltes außerhalb der Einrichtung nach § 1 Nummer 1 genutzt werden. Die Beschaffung des Testmaterials erfolgt durch die Einrichtung nach Maßgabe der Coronavirus-Testverordnung. Die Einrichtung hat den Beitritt zum Rahmen-testkonzept M-V zu prüfen.	<i>Keine Änderungen.</i>
(3) Spätestens bei einem Risikowert von 50 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt oder im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern muss das Personal ab 21. Dezember 2020 mindestens zweimal wöchentlich getestet werden. Bis einschließlich 20. Dezember	(3) Spätestens <b>ab</b> einem Risikowert von 50 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt oder im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern muss das Personal <b>ab 21. Dezember 2020</b> mindestens zweimal wöchentlich getestet werden. <b>Bis einschließlich 20. Dezember 2020</b>



2020 besteht die Pflicht, das Personal mindestens einmal wöchentlich zu testen. § 4 Absatz 9 gilt entsprechend.	<del>besteht die Pflicht, das Personal mindestens einmal wöchentlich zu testen.</del> § 4 Absatz 9 gilt entsprechend.
(4) Personal und Bewohnende mit COVID-19 vereinbaren Symptomen sind unverzüglich vom übrigen Personal und den übrigen Bewohnenden abzusondern und mittels PCR-Testung auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zu überprüfen. Eine Absonderung des Personals unter Verzicht auf eine mögliche PCR-Testung ist zu vermeiden.	<i>Keine Änderungen.</i>
(5) Das Betreten zum Zwecke der Gefahrenabwehr setzt keine Testung voraus. Im Übrigen soll für die Betretenden nach § 4 Absatz 11 eine Testung vorgesehen sein.	(5) Spätestens ab einem Risikowert von 50 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt oder im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern darf jede besuchende und aufsuchende Person die Einrichtung nur betreten, wenn ein negatives Testergebnis vorliegt. § 4 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. Hiervon sind Betretende im Sinne des § 4 Absatz 10 umfasst. Soweit ein Betreten ausnahmsweise zur Vermeidung einer unvermeidbaren Zeitverzögerung wegen eines unaufschiebbaren Grundes ohne Testung erfolgt, muss dies durch die Einrichtung zwingend unter Angabe der maßgeblichen Begründung im Rahmen der Tagesanwesenheitsliste nach § 6 Absatz 4 dokumentiert werden. Das Betreten zum Zwecke der Gefahrenabwehr setzt keine Testung voraus.
(6) Die Einrichtungsleitung meldet der Universitätsmedizin Greifswald wöchentlich die Gesamtzahl der vorgenommenen Testungen, die Anzahl der vorgenommenen Testungen je Testgruppen (zum Beispiel Personal, Besuchspersonen, Betretende, Bewohnende) und die Gesamtzahl der positiven sowie negativen Testungen unter Ausweisung der genutzten Testung (PoC-Antigen-Test oder PCR-Test).	<i>Keine Änderungen.</i>

<b>§ 6</b>	<b>§ 6</b>
<b>Weitere Schutzmaßnahmen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen</b>	<b>Weitere Schutzmaßnahmen für vollstationäre Pflegeeinrichtungen</b>
(1) Jede Person, die die Einrichtung nach § 1 Nummer 1 betritt, ist vor dem ersten Betreten durch das Personal der Einrichtung in den notwendigen Schutz- und Hygienemaßnahmen zu unterweisen.	<i>Keine Änderungen.</i>
(2) Jede Person, die die Einrichtung betritt, hat zu bestätigen, dass	<i>Keine Änderungen.</i>
1. bei ihr keine mit COVID-19 vereinbaren Symptome vorliegen und sie keine Kontaktperson oder ansteckungsverdächtig für Coronavirus SARS-CoV-2 ist und,	
2. soweit sie die Einrichtung nicht aus den in § 4 Absatz 11 genannten Gründen betritt, sie nicht aus einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern kommt, in dem der in Absatz 2 Satz 1 genannte Risikowert zum Zeitpunkt des beabsichtigten Besuchs überschritten wurde, wobei der Durchreiseverkehr nicht erfasst ist; dabei gelten in Bezug auf die Erfassung der Bestätigung durch die Einrichtungsleitung die datenschutzrechtlichen Bestimmungen nach Absatz 4 entsprechend; soweit keine Bestätigung vorliegt, findet § 4 Absatz 6 Anwendung.	2. soweit sie die Einrichtung nicht aus den in § 4 Absatz 10 genannten Gründen betritt, sie nicht aus einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern kommt, in dem der in Absatz 2 Satz 1 genannte Risikowert zum Zeitpunkt des beabsichtigten Besuchs überschritten wurde, wobei der Durchreiseverkehr nicht erfasst ist; dabei gelten in Bezug auf die Erfassung der Bestätigung durch die Einrichtungsleitung die datenschutzrechtlichen Bestimmungen nach Absatz 4 entsprechend; soweit keine Bestätigung vorliegt, findet § 4 Absatz 6 Anwendung.
(3) Für die Bewohnenden sowie das Personal ist täglich eine Symptomkontrolle durchzuführen und das Ergebnis zu dokumentieren (Symptomtagebuch). Bei neu aufgetretenen, mit COVID-19 vereinbaren Symptomen erfolgt vor allem zur Vermeidung einer	<i>Keine Änderungen.</i>

<p>Unterversorgung der Bewohnenden der Einrichtung nach § 1 Nummer 1 infolge einer Quarantäne des Personals und der Weiterverbreitung des Virus in der Einrichtung unverzüglich eine Testung auf das Coronavirus SARS-CoV-2.</p>	
<p>(4) Zur Nachvollziehung von möglichen Infektionsketten und mit Ausnahme der Pflegebedürftigen und des Personals der Einrichtung werden alle besuchenden und aufsuchenden Personen für jeden Fall des Betretens der Einrichtung nach § 1 Nummer 1 in einer Tagesanwesenheitsliste erfasst, die die folgenden Angaben enthalten muss: Vor- und Familienname, vollständige Anschrift, Telefonnummer sowie Uhrzeit des Besuches. Die jeweiligen Tageslisten sind für die Dauer von vier Wochen aufzubewahren und dem zuständigen Gesundheitsamt auf Verlangen vollständig herauszugeben. Die zu erhebenden personenbezogenen Daten dürfen zu keinem anderen Zweck, insbesondere nicht zu Werbezwecken, weiterverarbeitet werden. Die Informationspflicht nach Artikel 13 der Datenschutzgrundverordnung kann durch einen Aushang erfüllt werden. Die Anwesenheitsliste ist so zu führen und zu verwahren, dass die personenbezogenen Daten für Dritte, insbesondere andere Besucher, nicht zugänglich sind. Wenn sie nicht von der Gesundheitsbehörde angefordert wird, ist die Anwesenheitsliste unverzüglich nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist zu vernichten.</p>	<p>(4) Zur Nachvollziehung von möglichen Infektionsketten und mit Ausnahme der Pflegebedürftigen und des Personals der Einrichtung werden alle besuchenden und aufsuchenden Personen für jeden Fall des Betretens der Einrichtung nach § 1 Nummer 1 in einer Tagesanwesenheitsliste erfasst, die die folgenden Angaben enthalten muss: Vor- und Familienname, vollständige Anschrift sowie Telefonnummer <b>der Person</b> sowie <b>die maßgebliche Begründung für den Fall des Betretens der Einrichtung ohne vorherige Testung im Sinne des § 5 Absatz 5</b> <del>Uhrzeit des Besuches</del>. Die jeweiligen Tageslisten sind für die Dauer von vier Wochen aufzubewahren und dem zuständigen Gesundheitsamt auf Verlangen vollständig herauszugeben. Die zu erhebenden personenbezogenen Daten dürfen zu keinem anderen Zweck, insbesondere nicht zu Werbezwecken, weiterverarbeitet werden. Die Informationspflicht nach Artikel 13 der Datenschutzgrundverordnung kann durch einen Aushang erfüllt werden. Die Anwesenheitsliste ist so zu führen und zu verwahren, dass die personenbezogenen Daten für Dritte, insbesondere andere Besucher, nicht zugänglich sind. Wenn sie nicht von der Gesundheitsbehörde angefordert wird, ist die Anwesenheitsliste unverzüglich nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist zu vernichten.</p>
<p>(5) Die Einrichtungsleitung wirkt darauf hin, dass</p>	<p><i>Keine Änderungen.</i></p>
<p>1. die ihnen anvertrauten Pflegebedürftigen vorhandene Freiflächen des Grundstücks der Einrichtung unter Einhaltung der Hygienebestimmungen nutzen können, soweit die Nutzung nicht aus anderen Gründen ausgeschlossen ist,</p>	

2. die Privatsphäre der Pflegebedürftigen und ihrer Besuchspersonen im Rahmen des Besuchs geschützt wird,	
3. die Besuchs- und Betretensregelungen nicht mit freiheitsentziehenden Maßnahmen verbunden sind und ein Verlassen der Einrichtung, beispielsweise für Spaziergänge allein oder mit anderen, möglich ist, soweit es nicht aus anderen Gründen ausgeschlossen ist und	
4. Handkontakte und Alltagshilfen, wie das Stützen, zwischen den Pflegebedürftigen und ihren Besuchspersonen nicht ausgeschlossen werden.	
(6) Die Einrichtungsleitung stellt eine strikte Einhaltung der Hygieneregeln insbesondere auch im Rahmen der Arbeitspausen in der Einrichtung sicher. Die Anzahl der Beschäftigten in derselben Räumlichkeit ist im Rahmen ihrer Pausengestaltung auf zwei beschränkt. Es ist hierbei auf einen Mindestabstand von 1,5 Metern zueinander sowie eine regelmäßige Lüftung des Raumes zu achten.	<i>Keine Änderungen.</i>
(7) Soweit eine Quarantänemaßnahme nach Rückkehr der Pflegebedürftigen in die Einrichtung zur Minimierung eines potentiellen Viruseintrages insbesondere aufgrund erhöhter Risikowerte im Sinne des § 4 beziehungsweise zur Vermeidung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 unerlässlich ist, soll die Dauer der Quarantänemaßnahme möglichst gering sein und in der Regel zehn Tage nicht überschreiten. Die Pflegebedürftigen sollen in diesen Fällen nach Rückkehr in die Einrichtung innerhalb von fünf Tagen das erste Mal getestet (PoC-Antigen-Test) werden. Die Dauer der Quarantäne ist bei zweifach negativer Testung (PoC-Antigen-Tests) soweit möglich zu verkürzen. Von einer Quarantänemaßnahme für die Pflegebedürftigen bei deren	<i>Keine Änderungen.</i>

Rückkehr in die Einrichtung soll unter folgenden Voraussetzungen abgesehen werden:	
1. das lokale Infektionsgeschehen ist gering beziehungsweise gar nicht vorhanden,	
2. sie kommen nicht aus einem Gebiet, in dem die Risikowerte im Sinne des § 4 überschritten sind,	
3. die Hygieneregeln werden eingehalten	
4. die Pflegebedürftigen sowie deren Kontaktpersonen bestätigen, dass Symptombefreiheit besteht,	
5. sie versichern, dass die Kontakte in der Zeit der Abwesenheit so gering wie möglich gehalten wurden und	
6. sie diese Kontakte für sich vermerkt haben (freiwillige Selbstisolation) oder	
7. das Absehen von einer Quarantänemaßnahme ist aus anderen Gründen ausgeschlossen.	
(8) Gruppenaktivitäten innerhalb der Gebäude der Einrichtung mit Angehörigen oder sonstigen Dritten sind ausgeschlossen. Einrichtunginterne Gruppenaktivitäten innerhalb der Wohnbereiche sind bei regelmäßigem Lüften der Räume in Kleingruppen möglich. Sie sind auf die gleichen Bewohnenden beschränkt.	<i>Keine Änderungen.</i>
(9) Soweit die Einrichtung von einem Infektionsgeschehen aufgrund des Coronavirus-SARS-CoV-2 betroffen ist, hat sie nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung prioritärer Infektionsschutzmaßnahmen die für eine Analyse des Infektionsgeschehens notwendigen Daten zum Infektionsgeschehen zu erheben. Der Erhebungsbogen wird sowohl online- als auch papierbasiert zur Verfügung gestellt. Die Erhebung kann durch strukturierte Interviews ergänzt werden.	<i>Keine Änderungen.</i>

<b>§ 7</b>	<b>§ 7</b>
<b>Von Anbietern verantwortete ambulant betreute Wohngemeinschaften</b>	<b>Von Anbietern verantwortete ambulant betreute Wohngemeinschaften</b>
In Einrichtungen nach § 1 Nummer 3 sollen nach Möglichkeit solche Maßnahmen durchgeführt werden, die einen mit den §§ 2 bis 6 vergleichbaren Schutz der Pflegebedürftigen gewährleisten können.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 8</b>	<b>§ 8</b>
<b>Ambulante Pflegedienste</b>	<b>Ambulante Pflegedienste</b>
Für Einrichtungen nach § 1 Nummer 4 gilt in Bezug auf das Personal § 5 Absatz 1 bis 4 und 6 entsprechend. Im Übrigen gelten § 6 Absatz 2 Nummer 1 sowie Absatz 3, 6 und 9 entsprechend.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 9</b>	<b>§ 9</b>
<b>Besuchs- und Betretensregelungen für teilstationäre Pflegeeinrichtungen</b>	<b>Besuchs- und Betretensregelungen für teilstationäre Pflegeeinrichtungen</b>
(1) Für Einrichtungen nach § 1 Nummer 2 gelten § 3 Absatz 1 und 4, § 5 sowie § 6 Absatz 1 bis 6 sowie 8 und 9 entsprechend.	<i>Keine Änderungen.</i>
(2) Die Einrichtungsleitung stellt sicher, dass Nutzerinnen und Nutzer vor der ersten Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen der Einrichtung nach § 1 Nummer 2 über das Coronavirus SARS-CoV-2 und die mit der Inanspruchnahme verbundene Erhöhung der Infektionsgefahr belehrt werden.	<i>Keine Änderungen.</i>

<b>§ 10</b>	<b>§ 10</b>
<b>Leistungen aufgrund § 2 Unterstützungsangebotelandsverordnung M-V anerkannter Unterstützungsangebote</b>	<b>Leistungen aufgrund § 2 Unterstützungsangebotelandsverordnung M-V anerkannter Unterstützungsangebote</b>
Für Angebote nach § 1 Nummer 5 gilt § 6 Absatz 1 bis 6 sowie 8 und 9 entsprechend. Eine Leistungserbringung von Leistungen nach § 1 Nummer 5 ist bei COVID-19 vereinbarer Symptomatik bei einem der Beteiligten untersagt.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 11</b>	<b>§ 11</b>
<b>Besuchs- und Betretensregelungen für besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen</b>	<b>Besuchs- und Betretensregelungen für besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen</b>
(1) Für Angebote nach § 1 Nummer 6 gelten die Regelungen gemäß §§ 3, 4 und 6 entsprechend. Hinsichtlich der Testungen gilt § 5 Absatz 1, 2 und 4 bis 6 entsprechend. Es wird dringend empfohlen, den Anspruch auf Testung gemäß der Coronavirus-Testverordnung mindestens zweimal wöchentlich für das Personal zu gewährleisten.	<i>Keine Änderungen.</i>
(2) Gruppenaktivitäten innerhalb der Gebäude der besonderen Wohnform mit Angehörigen oder sonstigen Dritten sind ausgeschlossen. Einrichtungsinterne Gruppenaktivitäten sind bei regelmäßigem Lüften der Räume möglich. Sie sind auf die gleichen Nutzerinnen und Nutzer beschränkt.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 12</b>	<b>§ 12</b>
<b>Besuchs- und Betretensregelungen für Angebote für Menschen mit Behinderungen</b>	<b>Besuchs- und Betretensregelungen für Angebote für Menschen mit Behinderungen</b>
(1) Für Angebote nach § 1 Nummer 7 bis 9 gelten § 3 Absatz 1 und 4 sowie § 6 Absatz 1 bis 6, 8 und 9 entsprechend. Hinsichtlich	<i>Keine Änderungen.</i>

der Testungen gilt § 5 Absatz 1, 2, 4 und 6 entsprechend. Es wird dringend empfohlen, den Anspruch auf Testung gemäß der Coronavirus-Testverordnung mindestens zweimal wöchentlich für das Personal zu gewährleisten.	
(2) Die Angebotsleitung stellt sicher, dass Nutzerinnen und Nutzer der Angebote in Gruppen soweit möglich mit gleichbleibender Besetzung die Institution betreten und in Anspruch nehmen. § 9 Absatz 2 gilt entsprechend.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 13</b>	<b>§ 13</b>
<b>Besuchs-, Betretens- und Leistungsregelungen für weitere soziale Angebote in den Rechtskreisen des SGB IX und des SGB XII</b>	<b>Besuchs-, Betretens- und Leistungsregelungen für weitere soziale Angebote in den Rechtskreisen des SGB IX und des SGB XII</b>
(1) Für den Besuch und das Betreten von Angeboten nach § 1 Nummer 10 gilt § 12 entsprechend.	<i>Keine Änderungen.</i>
(2) Leistungen nach § 1 Nummer 11 bis 13 sind unter Anwesenheit der zu fördernden oder zu betreuenden Personen in derselben Räumlichkeit erlaubt, soweit bei dem Angebot kein aktives Coronavirus SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen besteht und die Nutzerinnen und Nutzer sowie gegebenenfalls Begleitpersonen gegenüber dem Personal mit Beginn der Förderung oder Betreuung bestätigen, dass bei ihnen keine mit COVID-19 vereinbaren Symptome vorliegen und sie keine Kontaktpersonen oder ansteckungsverdächtig für Coronavirus SARS-CoV-2 sind.	<i>Keine Änderungen.</i>
<b>§ 14</b>	<b>§ 14</b>
<b>Besuchs- und Betretensregelungen für Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX</b>	<b>Besuchs- und Betretensregelungen für Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX</b>



<p>(1) Der Besuch und das Betreten von Einrichtungen nach § 1 Nummer 14 zu Zwecken der Durchführung von beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Präsenzmaßnahmen der Beruflichen Rehabilitation sind erlaubt, soweit in der Einrichtung kein aktives Coronavirus SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen besteht, Betretende nicht von mit COVID-19 vereinbaren Symptome betroffen sind und Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtung vor der ersten Inanspruchnahme der Leistungen über das Coronavirus SARS-CoV-2 und die mit der Inanspruchnahme verbundene Erhöhung der Infektionsgefahr belehrt und in den notwendigen Schutz- und Hygienemaßnahmen unterwiesen werden.</p>	<p>(1) Der Besuch und das Betreten von Einrichtungen nach § 1 Nummer 14 sind nur zu Zwecken der Durchführung von Abschluss- und Zwischenprüfungen von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, der Durchführung prüfungs- und maßnahmevorbereitender Betreuungsangebote, der Durchführung von in der Abschlussphase befindlichen berufsvorbereitenden Maßnahmen sowie der Durchführung von Konsultationen zur Vermeidung eines nach psychologischer und medizinischer Einschätzung unmittelbar zu befürchtenden Abbruchs einer Maßnahme erlaubt. Dies setzt voraus, dass in der Einrichtung kein aktives Coronavirus SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen besteht, Betretende keine typischen Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Geruchs- und Geschmacksverlust aufweisen und Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtung vor der ersten Inanspruchnahme der Leistungen über das Coronavirus SARS-CoV-2 und die mit der Inanspruchnahme verbundene Erhöhung der Infektionsgefahr belehrt und in den notwendigen Schutz- und Hygienemaßnahmen unterwiesen werden.</p>
<p>(2) Von der Zulassung ist der Internats- und Versorgungsbetrieb umfasst.</p>	<p>(2) Von der Zulassung ist der Internatsbetrieb umfasst.</p>
<p><b>§ 15</b></p>	<p><b>§ 15</b></p>
<p><b>Sozialberatung und Gesundheitsberatung</b></p>	<p><b>Sozialberatung und Gesundheitsberatung</b></p>
<p>(1) Beratungen in stationären und mobilen Beratungsstellen der Sozialberatung, der Gesundheitsberatung, der Migrationsberatung und der Beratung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt unter Anwesenheit der beratenden und beratungssuchenden Personen in derselben Räumlichkeit sind unter der Voraussetzung zulässig, dass</p>	<p><i>Keine Änderungen.</i></p>

1. Maßnahmen zur Einhaltung der gestiegenen Hygieneanforderungen und wirksame Schutzmaßnahmen für alle Anwesenden nach Absatz 2 ergriffen werden,	
2. die beratungssuchenden Personen auf die Möglichkeiten des telefonischen, schriftlichen oder elektronischen Kontakts hingewiesen werden und	
3. direkte Beratungen ausschließlich nach vorheriger telefonischer, schriftlicher oder elektronischer Terminvereinbarung durchgeführt werden.	
(2) Maßnahmen nach Absatz 1 Nummer 1 sind insbesondere	<i>Keine Änderungen.</i>
1. die durchgängige Sicherstellung des erforderlichen Mindestabstandes von 1,5 Metern zwischen den beratungssuchenden Personen, ausgenommen zwischen Angehörigen eines Hausstandes,	
2. das Vorhandensein eines Sitzplatzes für jede der beratungssuchenden Personen und	
3. regelmäßiges Lüften der Räumlichkeiten.	
<b>§ 16</b>	<b>§ 16</b>
<b>Medizinischer Mund-Nase-Schutz und Mund-Nase-Bedeckung</b>	<b>Medizinischer Mund-Nase-Schutz und Mund-Nase-Bedeckung</b>
(1) Für Besuchspersonen, Aufsuchende und Personal der Einrichtungen und Angebote nach § 1 Nummer 1 bis 6 besteht die Pflicht, Mund und Nase vollständig und für die gesamte Dauer ihres Aufenthalts durch einen medizinischen Mund-Nase-Schutz oder eine partikelfiltrierende Halbmaske (FFP2- oder FFP3-Maske) zu bedecken. Bei körpernahen Tätigkeiten hat das Personal der in Satz 1 genannten Einrichtungen und Angebote mindestens eine FFP2-Maske zu tragen. Für Bewohnende der Einrichtungen und Angebote nach § 1 Nummer 1 und 6 gilt Satz 1	<i>Keine Änderungen.</i>

ausschließlich dann entsprechend, wenn sie sich innerhalb der öffentlichen Räume und Verkehrsflächen der Einrichtung oder des Angebots aufhalten. Für Nutzende der Einrichtungen nach § 1 Nummer 2 gilt Satz 1 entsprechend.	
(2) Für Besuchspersonen, Aufsuchende, Personal, Durchführende und Nutzende der Angebote nach § 1 Nummer 7 bis 10 und 12 bis 15 besteht die Pflicht, Mund und Nase vollständig und für die gesamte Dauer ihres Aufenthalts durch eine geeignete Mund-Nase-Bedeckung (zum Beispiel Alltagsmaske, Tuch, Schal), durch einen medizinischen Mund-Nase-Schutz oder eine FFP2-beziehungsweise FFP3-Maske zu bedecken. Dies gilt nicht für Aufenthalte auf den Freiflächen der Einrichtungen nach § 1 Nummer 14.	<i>Keine Änderungen.</i>
(3) Besuchspersonen, die aufgrund einer medizinischen oder psychischen Beeinträchtigung oder wegen einer Behinderung keinen medizinischen Mund-Nase-Schutz oder eine Mund-Nase-Bedeckung tragen können und dies durch eine amtsärztliche Bescheinigung nachweisen können, sind im Einzelfall von den Verpflichtungen nach Absatz 1 und 2 ausgenommen.	<i>Keine Änderungen.</i>
(4) Soweit das Tragen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Schutzausrüstung nicht für die gesamte Dauer sichergestellt werden kann oder muss, sind geeignete Maßnahmen zur Risikovermeidung zu treffen. Mögliche Maßnahmen sind insbesondere die Vergrößerung des Mindestabstandes zwischen zwei Personen, die Verkleinerung von Gruppen oder Kohorten sowie intensiviertes Lüften.	<i>Keine Änderungen.</i>
(5) Das Tragen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Schutzausrüstung erfolgt unter Berücksichtigung des Arbeitsschutzes.	<i>Keine Änderungen.</i>

<p>Soweit der Arbeitsschutz das Absetzen der Schutzausrüstung notwendig macht, gilt Absatz 4 entsprechend. Mitarbeitende der Einrichtung, des Angebots oder des Dienstes können die Mund-Nase-Bedeckung oder den medizinischen Mund-Nase-Schutz abnehmen, wenn sie sich allein oder zu zweit mit einem dauerhaften Abstand von mindestens 1,50 Meter in Räumlichkeiten befinden, zu denen nur das Personal Zutritt hat, regelmäßig gelüftet und die Hygienevorschriften eingehalten werde.</p>	
<p><b>§ 17</b></p>	<p><b>§ 17</b></p>
<p><b>Sachverständigengremium Pflege und Soziales</b></p>	<p><b>Sachverständigengremium Pflege und Soziales</b></p>
<p>Unter Leitung des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung entwickelt ein sachverständiges Gremium Handlungsempfehlungen zum weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie für die in § 1 genannten Einrichtungen, Angebote, Dienste und Leistungen sowie ein Rahmentestkonzept in Umsetzung der Coronavirus-Testverordnung. Das Sachverständigengremium Pflege und Soziales setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Landesamts für Gesundheit und Soziales, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Heimaufsichten, der Krankenhaushygieneforschung, der Pflegewissenschaft, der Verbände der Leistungserbringer, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung und des Integrationsförderrates. Die Handlungsempfehlungen und das Rahmentestkonzept werden durch das Sachverständigengremium Pflege und Soziales auf Grundlage eines regelmäßigen Austausches fortgeschrieben und durch Erlasse des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung bekannt gegeben.</p>	<p><i>Keine Änderungen.</i></p>

<b>§ 18</b>	<b>§ 18</b>
<b>Ordnungswidrigkeiten</b>	<b>Ordnungswidrigkeiten</b>
Ordnungswidrig im Sinne des § 73 Absatz 1a Nummer 24 Infektionsschutzgesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Pflicht	<i>Keine Änderungen.</i>
1. aus § 2 Absatz 1,	
2. aus § 2 Absatz 2,	
3. aus § 6 Absatz 2 Nummer 2 oder nach § 11 Absatz 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 2 Nummer 2,	
4. nach § 6 Absatz 4, § 9 Absatz 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 4, § 11 Absatz 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 4, § 12 Absatz 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 4, § 13 Absatz 1 in Verbindung mit § 12 Absatz 1 und § 6 Absatz 4 oder	
5. nach § 16 Absatz 1 Satz 1 oder § 16 Absatz 2 verstößt.	
<b>§ 19</b>	<b>§ 19</b>
<b>Inkrafttreten und Außerkrafttreten</b>	<b>Inkrafttreten und Außerkrafttreten</b>
(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Pflege und Soziales Corona VO vom 9. Mai 2020 (GVOBl. M-V 2020, S. 242, 261), die zuletzt durch die Verordnung vom 5. November 2020 (GVOBl. M-V S. 1026) geändert worden ist, außer Kraft.	<i>Keine Änderungen.</i>
(2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 17. Januar 2021 außer Kraft.	(2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 12. Februar 2021 außer Kraft.